Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg., auf der Post vierteljährlich 2 M., mit Landbriefträgergeld 2 M. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 10. Oktober 1884. Nr. 474.

Die Cholera.

Seit zwei Tagen, nachdem namentlich in Neapel die Cholera-Erkrankungsfälle auf weniger als 50 am Tage gesunken sind, läßt sich endlich das nahe Ende der verheerenden Epidemie in Italien vorhersehen. Ueber das Wüthen der Krankheit in der etwas zweimonatlichen Periode vom 2. August bis 30. September liegen hinsichtlich der 41 Provinzen (von 69, in welche das Land aministrativ eingetheilt ist, (welche mit dem bösen Gaste in Berührung kamen, annähernde Daten vor. Wir stellen dieselben in nachstehender Liste in Bezug auf diejenigen Provinzen zusammen, in denen mehr als 100 Erkrankungsfälle vorkamen.

Provinzen	Erkrankungen	Todesfälle
Bergamo	685	343
Campobasso	166	67
Caserta	239	82
Cremona	137	77
Cuneo	1009	568
Genua	1749	867
Massa	241	138
Neapel	12280	6098
Parma	197	120
Reggio Emilia	103	55

Insgesammt kamen in jenen 41 Provinzen vor 17,322 Erkrankungen und 8644 Todesfälle. Hinsichtlich des Auftretens der Epidemie in der Stadt Genua ist bekannt, wie ruhig und kaltblütig Bevölkerung und Behörden den Kampf aufnahmen. Die einzigen „Bürger", welche sich nicht durchaus bewährt haben, sind auffallend genug die Aerzte gewesen, von denen neun ihres Amtes enthoben wurden, weil sie ihrer Berufspflicht nicht redlich nachkamen. Von den in Genua Gestorbenen ist der Konzertist Enea Gardona zu erwähnen. In Caserta ist Professor Trudi, gewesener Universitäts Rektor zu Neapel, von der Cholera dahingerafft worden. Ernste Ruhestörungen sind zu Coperchia in der Provinz Salerno vorgekommen, wo die niedere Bevölkerung sich bewaffnete und zur Niedermetzelung der „Herren" schreiten wollte, die als die Ausstreuer des „Cholera Giftpulvers" gelten und von denen Einer mittelst einer Feuerwaffe verwundet wurde. Die noch rechtzeitig am Platze erschienene bewaffnete Macht nahm etliche 20 Verhaftungen vor. Zu Patti (Prov. Messina, Sizilien) gab es Volksaufläufe, mit denen die Landung der Brigantinen „Etna" und „Tandari" verhindert werden sollte, obschon dieselben eine regelmäßige Quarantäne von 21 Tagen hinter sich hatten. Das erstgenannte Fahrzeug wurde thatsächlich gezwungen, das Weite zu suchen. In der Umgebung von Torre del Greco wachen bewaffnete Bauern zur Nachtzeit, um die „Giftstreuer" fern zu halten. Die in der Villeggiatur befindlichen Personen wagen es nicht, sich über die nächste Nachbarschaft ihrer Häuser hinaus zu entfernen. Der Apotheker in Contvada „Madonna bruna" sah sich genöthigt, die Annahme einer ihm zugesandten Kiste mit Desinfektionsmitteln zu verweigern, weil ihn die mißtrauische Bevölkerung andernfalls zu massakriren drohte.

Deutschland.

Berlin, 9. Oktober. Aus Sibyllenort, dem schlesischen Landsitz des Herzogs von Braunschweig, ist telegraphisch die Erkrankung desselben gemeldet worden. Aus Braunschweig wird gleichzeitig berichtet, daß dorthin die Kunde von einer allgemeinen Kräfteabnahme des Herzogs gelangt sei, welche Besorgnisse errege. Die braunschweigische Erbfolgefrage wird dadurch wieder in den Vordergrund gerückt. Bekanntlich ist für den Fall des Ablebens des Herzogs zunächst durch das Regentschaftsgesetz vom 15. Februar 1879 Vorsorge getroffen. Danach hat eine aus den Mitgliedern des Ministeriums, dem Landtags Präsidenten und dem Präsidenten des Oberlandesgerichts bestehender Regentschaftsrath alsbald die Regierungsgeschäfte zu übernehmen; der Landtag des Herzogthums hat binnen Jahresfrist einen Regenten aus der Zahl der nicht regierenden Mitglieder der deutschen Fürstenhäuser zu wählen, sofern der „Thronfolger" die Regierung nicht antreten kann. Daß Letzteres gegenwärtig auch dann zutreffen würde, wenn man den Herzog von Cumberland als den Thronfolger betrachtet, darüber bestand bei dem Erlaß des Regentschaftsgesetzes kein Zweifel nachdem der Sohn des Königs Georg auch nach dem Tode des letzteren bekundet hatte, daß er das deutsche Reich nicht anerkennt.

Ein heutiges Telegramm aus Braunschweig lautet:

Die „Braunschw. Anzeigen" melden: „Ueber das Befinden des Herzogs, welcher bekanntlich noch auf Schloß Sibyllenort in Schlesien weilt, geht uns aus sicherer Quelle die Mittheilung zu, daß Se. Hoheit schon seit längerer Zeit an rheumatischen und neuralgischen Schmerzen im rechten Oberarm leidet und daß diese Schmerzen neuerdings nicht ohne Rückwirkung auf das Allgemeinbefinden geblieben sind. Se. Hoheit bedarf daher augenblicklicher Ruhe und Schonung und ist deshalb auch die Rückkehr nach hiesiger Residenz einstweilen noch verschoben."

— Die „Köln. Ztg." theilt folgenden Bescheid mit, der einem brotlos gewordenen Beamten einer Privatversicherungsgesellschaft ertheilt worden:

Auf die Gesuche vom 28. Juni und 1. September d. J. erwidere ich Euer Wohlgeboren ergebenst, daß ich bedaure, Ihnen eine Beschäftigung in den Bureaux des Reichsversicherungsamtes zur Zeit nicht in Aussicht stellen zu können. Ich stelle Ihnen aber anheim, sich den Berufsgenossenschaften, welche voraussichtlich eigene Beamte anstellen, direkt zur Verfügung zu stellen. Sollte von einigen Berufsgenossenschaften Werth darauf gelegt werden, daß ihnen von hier aus brauchbare und bewährte Versicherungs-Bureaubeamte in Vorschlag gebracht werden, so bin ich gern bereit, Sie zu empfehlen und habe ich zu diesem Zwecke von Ihrem Gesuche Notiz genommen. Die vorgelegten Zeugnisse folgen hierneben zurück.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes.
gez. Bödiker.

— Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Vor einigen Tagen soll in der Rede eines angeblich nationalliberalen Reichstags-Kandidaten in Bromberg auch der sogenannten Reichseisenbahnfrage Erwähnung gethan sein, und ist von einigen Blättern aus den Aeußerungen desselben der Schluß gezogen worden, daß eine Vorlage wegen Uebertragung der Bahnen auf das Reich „täglich zu erwarten sei." Wir erfahren dem gegenüber aus guten Quellen, daß in maßgebenden Kreisen von einer solchen Vorlage nicht das Geringste bekannt ist, vielmehr in dieser Angelegenheit die frühere Situation, wie dieselbe, wenn wir nicht irren, noch während der letzten Landtags Session von der Regierung erwähnt wurde, sich seither in Nichts geändert hat und dem ganzen Gerede jede thatsächliche Grundlage fehlt.

— Wiederholt ist neuerdings über Maßregeln gegen dänische Agitationen in Nordschleswig berichtet worden. In Hadersleben ist jetzt dem dortigen Privat-Bankdirektor Amorsen von der schwedischen Regierung seine Entlassung als schwedisch-norwegischer Konsul ertheilt worden, weil er sich an einem demonstrativen Dänen-Ausfluge nach Westjütland betheiligt hat. „Flensborg Avis" will wissen, daß die Entlassung auf Verlangen des Fürsten Bismarck erfolgt sei.

— Wir erwähnten einer Mittheilung aus Danzig, wonach für die preußische Infanterie eine neue Bekleidung in Aussicht genommen oder schon beschlossen sei, die in einer Bluse bestände, wenn sie gegenwärtig von mehreren Infanterie-Regimentern im Dienste getragen wird. Diese Mittheilungen, so schreibt man der „Köln. Ztg.", sind insofern unrichtig, als es sich lediglich um das Auftragen älterer, für den Landsturm bestimmter Bekleidungsstücke handelt, wobei gleichzeitig in größerem Umfange Erfahrungen über die Zweckmäßigkeit dieser Blusen, welche den sogenannten „mecklenburgischen Blusen" ähnlich sind, gesammelt werden sollen. Von einem Ersatze des Waffenrockes der Infanterie durch die Blusen ist jedoch bis auf Weiteres gar keine Rede, höchstens würde bei deren Einführung der Drillichanzug beseitigt werden, wie denn auch die Regimenter, denen Blusen überwiesen sind (Truppentheile des 1., 2., 3., 5., 6. und 9. Armeekorps), etatsmäßig keine Drillichsachen mehr beschaffen. Uebrigens steht jedoch fest, daß das preußische Kriegsministerium seine ganz besondere Aufmerksamkeit auf sachgemäße Aenderungen in dem Ausrüstungs- und Bekleidungswesen der Armee gerichtet hat. Neben den bekannten öffentlichen Ausschreiben der genannten Behörde wegen Beschaffung neuer Helm-, Tornister-, Feldflaschen- und Stiefelmodelle sind auch schon seit längerer Zeit versuchsweise bei der Kavallerie Abänderungen an der Ausrüstung und Bekleidung (beispielsweise Ersatz der Epauletts der Ulanen durch Schulterketten) eingeführt worden.

— In früheren Jahren haben wir in diesen Blättern einen auf amtlichen Materialen beruhenden statistischen Nachweis der Stärke der hauptsächlichsten deutschen Garnisonen mitgetheilt. Da im Laufe der Zeit jene Zusammenstellung mehrere nicht unbedeutende Veränderungen erfahren hat, welche durch Truppen-Verschiebungen entstanden sind, so wollen wir heute eine neue Aufstellung folgen lassen, welche die Garnisons-Verhältnisse so erkennen läßt, wie sie die in diesen Tagen im Druck erschienene amtliche Quelle angiebt („Statistischer Sanitätsbericht über die königlich preußische Armee und das 13. [königlich würtembergische] Armeekorps für das Rapportjahr vom 1. April 1881 bis 31. März 1882"). Wie der Titel beweist, handelt es sich um 15 Armeekorps, nämlich das Garde-, 1. bis 11., 13., 14. und 15.; das 12. (sächsische) und die beiden baierischen Armeekorps sind also nicht darin vertreten.

Nach genauer Gruppirung erhalten wir folgende Ergebnisse: Berlin hat eine Garnison von 18,179, Metz 14,710, Straßburg 9478, Köln mit Deutz 7925, Mainz 7823, Königsberg 7051, Koblenz 6667, Potsdam 6462, Magdeburg 6446, Danzig 6022, Hannover 5990, Posen 5873, Ulm 5424, Breslau 5233, Spandau 4665, Stettin 4565, Neisse 4498, Rastatt 4213, Wesel 4130, Trier 4044, Ludwigsburg 3977, Frankfurt an der Oder 3962, Karlsruhe 3911, Stuttgart 3517, Brandenburg 3321, Kassel 3317, Bromberg 3285, Darmstadt 3192, Altona mit Hamburg 3026, Münster 2946, Glogau 2934, Düsseldorf 2888, Torgau 2758, Erfurt 2733, Thorn 2662, Minden 2500, Oldenburg 2487, Diedenhofen 2473, Mülhausen im Elsaß 2242, Graudenz 2197, Frankfurt a. M. 2194, Küstrin 2131, Schwerin 2096, Saarlouis 2089, Wittenberg 2052, Celle 2046 Köpfen. Wir fügen einige Erläuterungen hinzu. Deutschland außer Baiern und Sachsen besitzt im Ganzen 298 Garnisonen. Die 46 am stärksten mit Truppen belegten Garnisonsorte haben wir vorhin aufgeführt, alle anderen 252 Orte haben eine Garnison von weniger als 2000 Mann. Im Laufe der letzten Jahre haben manche Städte der deutschen West- und der Ostgrenze eine Verstärkung ihrer Garnisonen empfangen, so besonders Metz, Straßburg, Trier, Königeberg, Posen, Bromberg, Thorn 2c. Auch in diesem Jahre haben in dieser Beziehung wieder Truppenverschiebungen stattgefunden, welche noch immer nicht abgeschlossen zu sein scheinen. Die Gesammt-Iststärke der bezeichneten 15 Armee-Korps betrug in dem Etatsjahr 1881—82: 355,794 Mann. Dieselben vertheilen sich wie folgt: Infanteristen 236,298, Kavalleristen 51,724, Artilleristen 40,912, Pioniere 2c. 8645, Marinesoldaten 3807, Militär Krankenwärter 395, Landwehrstämme 3897, Militär Festungsgefängnisse 2331, Militär Arbeiter-Abtheilungen 263, Festungs-Reserve-Abtheilung 86, Unteroffizierschulen 3633, Kriegsschulen 1020, Invaliden 337, Kadetten 1753, Unteroffizier-Vorschüler 512, Schloßgarde und Hafen-Gendarmen 181. Summa 355,794.

— „Zur Handhabung des Sozialistengesetzes" erhält die „Volksztg." folgende Zuschrift:

„Während man in Preußen, speziell in Berlin sich wenig oder gar nicht um den bekannten Reichstagsbeschluß kümmert, daß die Anmeldung einer Wahlversammlung durch einen Sozialdemokraten an sich, auch selbst in Verbindung mit der Anmeldung, daß in der Wahlversammlung ein Sozialdemokrat als Redner auftreten werde, nicht als Thatsache angesehen werden könne, das polizeiliche Verbot zu rechtfertigen, hat in verschiedenen anderen Bundesstaaten eine Auffassung Platz gegriffen, die sich mit der im Reichstage kundgegebenen deckt. So hat selbst in Sachsens Hauptstadt, in Dresden, wo bei den vorigen Wahlen das Sozialistengesetz bekanntlich mehr als „schneidig" gehandhabt worden ist, Herr Bebel in einer Wählerversammlung eine längere Rede halten dürfen. In Hessen Darmstadt hat am vorigen Sonnabend und Sonntag Herr Liebknecht nicht weniger als vier Versammlungen abgehalten und zwar am Sonnabend in Gießen und am Sonntag in Dreieichenbach, Egelsbach und Sprendlingen. Und selbst in Mecklenburg ist die Regierung freisinniger in dieser Richtung, als in Preußen. Es war in Schwerin eine Wählerversammlung angemeldet worden von dem Sozialdemokraten Zigarrenhändler Peters, in welcher der bekannte Sozialdemokrat J. Auer sprechen wollte. Diese Versammlung wurde von der Polizeibehörde zu Schwerin verboten. Auf die eingereichte Beschwerde hob in anerkennenswerther Eile das großherzogliche Ministerium das Verbot auf und begründete diese Verfügung durch wörtliche Wiedergabe des Reichstagsbeschlusses. Eine nunmehr neu angemeldete Versammlung hat inzwischen stattgefunden. In Preußen aber fährt man ruhig fort, den Reichstagsbeschluß zu ignoriren. So wurde am vorigen Montag in Magdeburg wiederum eine Wählerversammlung verboten, in welcher der Sozialdemokrat Zigarrenarbeiter Klees aus Buckau referiren wollte."

— Wie offiziös berichtet wird, haben sich in dem laufenden preußischen Etat die Folgen der sozialpolitischen Gesetzgebung in einer Ausgabevermehrung geltend gemacht. In den Etat der Eisenbahnverwaltung in eine Mehrausgabe von 400,000 Mk. zur Erfüllung der deren Verwaltung als Arbeitgeber durch das Krankenkassengesetz auferlegten Verpflichtungen eingestellt. Nachdem inzwischen auch das Unfallgesetz in Kraft getreten ist und die Krankenversicherung vom nächsten Jahre ab in vollem Umfange Platz greift, werden in den Etats der Betriebsunternehmungen des Reichs wie der Einzelstaaten erheblich höhere Mehrausgaben zur Erfüllung der dem Staate auferlegten sozialpolitischen Pflichten in Aussicht zu nehmen sein.

— Das Verhältniß der beiden unlösbar verbundenen Staaten Oesterreich und Ungarn zu einander gestaltet sich oft sehr ungemüthlich; ist schon die Einigkeit auf den für „gemeinsam" erklärten Gebieten nicht immer eine musterhafte, so verschwindet die Harmonie sofort ganz, sobald materielle Interessen der einen oder der anderen „Reichshälfte" in's Spiel kommen. Auch augenblicklich scheint sich wieder ein derartiger kleiner Kampf zu entwickeln. Bekanntlich wurde im Frühjahr dieses Jahres als Ausgang des bekannten Wiener „Ochsenkrieges" in Preßburg ein Viehmarkt etablirt, von welchem aus Wien mit Fleisch versehen werden sollte. In Wiener Regierungskreisen sah man diese Schwächung des dortigen Marktes natürlich ungern, alle Schritte dagegen blieben aber nicht nur erfolglos, die österreichische Regierung mußte sogar einen ruhmlosen Rückzug antreten und verhielt sich dann der vollzogenen Thatsache gegenüber passiv. In den letzten Tagen bot sich indeß eine Gelegenheit, gegen den Preßburger Markt einen Schlag zu führen. Es wurde nämlich bei einigen dort ausgetriebenen Stücken Vieh die Rinderpest konstatirt und auf G und der gesetzlichen Bestimmungen österreichischerseits gegen die ungarischen Viehtransporte die Sperre verhängt. Dieselbe wurde zwar auf einen Tag wieder zurückgezogen, sofort aber wieder ausgesprochen, als man in Wien erfuhr, daß in Bruck ein Stück siebenbürgischen Viehs gefallen sei. In Ungarn herrschte darüber große Entrüstung, der ungarische Handelsminister hat sofort telegraphisch protestirt und die Zulässigkeit der Maßregel in Abrede gestellt. Inzwischen macht sich aber die stets chauvinistische magyarische Presse in den gewohnten Kraftausdrücken Luft. Der „Pester Lloyd" spricht z. B. mit Bezug auf die Motive der österreichischen Regierung von „büreaukratischer Aengstlichkeit", „Bornirtheit", von dem „nicht vollständig auszutreibenden alt-österreichischen Teufel, von dem die Berather des Grafen Taaffe in dieser Frage besessen" seien und was dergleichen Liebenswürdigkeiten mehr sind. Am Schlusse des rabiaten Artikels wird sogar zu offenen Drohungen geschritten und Graf Taaffe gewarnt, sich die Finger und dazu das Zoll- und Handelsbündniß zwischen Oesterreich und Ungarn zu verbrennen. Ist es gestattet, aus dem Ausgang früherer derartiger Affairen auf den diesmaligen einen Schluß zu ziehen, so läßt sich leicht voraussagen, wer den Sieg davontragen wird, die „alt-österreichischen Teufel" oder der magyarische zähe Hochmuth.

— Während die Cholera in Italien noch immer Verheerungen anrichtet und den Volkswohlstand des Landes empfindlich schädigt, ist dasselbe soeben von einer neuen Katastrophe betroffen worden. Hierüber wird telegraphisch gemeldet:

Rom, 8. Oktober. Gestern wüthete in Catania ein sehr heftiger Cyclon, welcher alle Telegraphendrähte zerstörte und Häuser zum Einstürzen brachte. Bisher sind 23 Todte und gegen 100 Verwundete aus den Trümmern hervorgezogen. Der Schaden wird auf 2 Millionen Lire geschätzt.

Auf Sizilien wird dieses neue Unglück um so schwerer empfunden werden, als die Quarantänemaßregeln, durch welche die Insel sich bisher vor der Invasion der Cholera zu schützen glaubte, möglicherweise nicht in der jetzigen Strenge aufrecht erhalten werden können, da in Catania dringende Hülfeleistungen vom Festlande aus erforderlich werden.

— In dem Kabinetsrath am Montag soll sich, wie „Pall Mall Gaz." mittheilt, das englische Ministerium mit der Erörterung der bedrohlichen Lage in Süd-Afrika beschäftigt haben, ohne daß es zu einer völligen Einigung der Ansichten gekommen wäre. Daß man den Boeren entgegentreten müsse, darüber aller-

dings herrschte Uebereinstimmung, aber wie dies zu geschehen habe, diese Frage erfuhr die verschiedenartigste Beantwortung. Auch in der gestrigen Sitzung wurde der „Times“ zufolge nur beschlossen, sofort Maßregeln zu ergreifen, um den Eingriffen der Boeren im Betschuanaland ein Ende zu setzen, eine präzise Form für das Einschreiten sei jedoch noch nicht festgestellt. In der liberalen Presse macht sich ziemliche Mißstimmung über die Entschlußlosigkeit des Kabinets bemerklich.

Ausland.

Wien, 7. Oktober. Aus Baiern ist vor Jahren hierher ein Abbé Kaab übersiedelt, der in München ein Freund Dr. Sigls und Ratzingers und ein thätiges Mitglied der baierischen Extremen gewesen war. Eine Pfründe konnte er dort nicht erlangen. Hier ist Herr Kaab unter dem gegenwärtigen Erzbischof Ganglbaur „fürsterzbischöflicher geistlicher Rath“ und mehr noch, bei den letzten Wahlen Abgeordneter des Landgemeindebezirks Amstetten für den Wiener Landtag geworden und hat es übernommen, die konservative Dreimännerpartei zu „führen“. In dieser Eigenschaft hat er heute den Muth gehabt, den deutschen Schulverein eine Kampfarmee gegen die Nationalen und einen Feind der konfessionellen Schule zu nennen, jenen Verein, der in deutschen Enklaven um schweres Geld Religionslehrer bestellt, welche den konfessionellen Unterricht besorgen. Von den Abgeordneten Weitlof und Sueß wurde dem Herrn in der bündigsten Weise erwiedert und die Subvention von 2000 fl. mit allen gegen drei Stimmen schließlich bewilligt.

Paris, 7. Oktober. Der Unterrichtsminister Fallieres, welcher zu der Eröffnung einer höheren Töchterschule sich nach Moissac begeben hatte, hielt bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Banket eine Rede, in welcher er betonte, daß die Regierung unbeirrt in ihrem begonnenen Werke der Schulreform und insbesondere des Bauens von neuen Schulhäusern fortschritten werde. Auch die auswärtige Politik berührte Herr Fallieres und vertheidigte die Regierung gegen den Vorwurf, eine Eroberungspolitik zu verfolgen. Frankreich wolle im fernen Osten nur die Achtung verletzter Verträge erzwingen und die Ehre der beleidigten französischen Fahne rächen. Die Eroberungen, welche die Republik erträume, würden weder Thränen noch Blut kosten; es sollen vielmehr die der Ideen sein und darum erbaue die Republik Schulen.

Paris, 8. Oktober. Eine aus Brüssel datirte, aber ersichtlich vom hiesigen auswärtigen Amte dem „Temps“ mitgetheilte Note bestätigt, daß zwischen Deutschland und Frankreich eine Uebereinstimmung bezüglich der Kongo-Angelegenheit erzielt und daß die Berufung einer Konferenz beschlossen worden ist, deren Programm in Folge der Unterhandlungen zwischen dem Fürsten Hohenlohe und Jules Ferry festgestellt worden sei. Die folgenden drei Punkte würden demnach der Konferenz unterbreitet werden: 1) Handelsfreiheit und freier Zugang für alle Flaggen auf dem Kongo. 2) Dieselben Bestimmungen für den Niger. 3) Definirung des Rechtes der Okkupation bezüglich der noch nicht einer zivilisirten Flagge unterworfenen Gebiete. Wahrscheinlich würde die Konferenz gegen Ende November in Berlin stattfinden. Frankreich, England, Portugal, Spanien, die vereinigten Staaten, Holland und Belgien würden dazu eingeladen werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. Oktober. Obwohl die Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten eine sehr reichhaltige war, boten die einzelnen Vorlagen doch nur ein sehr geringes Interesse, verschiedene Bewilligungen von kleinen Beträgen und Zuschlagsertheilungen bildeten den Haupttheil der Vorlagen und wurden ohne jede weitere Debatte genehmigt. Interesse bot allein die Neuwahl eines unbesoldeten Stadtraths an Stelle des verstorbenen Stadtrath Gadebusch; als Kandidat war von der zur Vorbereitung der Wahl eingesetzten Kommission Herr Stadtverordneter Kaufmann Dießner vorgeschlagen, derselbe erhielt bei der Wahl von 44 abgegebenen Stimmen 25, eine Stimme fiel auf Herrn Dr. Wolff, 8 Zettel waren unbeschrieben.

Zum Mitglied der Sparkassen-Deputation wird Herr Kaufmann Julius Dressel und zu Mitgliedern der 20. Armen-Kommission Herr Selterwasserfabrikant Bischoff und Herr Kaufmann Wojahn gewählt.

Ein Gesuch von Bewohnern an der Galgwiese und am Weidendamm um Aufstellung einiger Wasserstöcke, um Grabenräumungen und um Wegebekiesungen wird dem Magistrat zur Rückäußerung überwiesen.

Eine längere Debatte entspinnt sich über eine Vorlage des Magistrats, welche die Bewilligung von 300 Mk. fordert, um einen Theil der Weidenbäume in der Falkenwalderstraße zwischen der Molkerei und den Invalidenhäusern zu entfernen und durch andere Alleebäume zu ersetzen. Herr Kommerzienrath Quistorp, welcher Besitzer der Ländereien auf jener Strecke ist, hatte sich an den Magistrat darüber beschwerdeführend gewandt, daß die dort stehenden Bäume durch den Schatten, welchen sie auf seine Ländereien werfen, ihm großen Schaden verursachen und er bat um Abhülfe. Es haben dann Verhandlungen mit Herrn Kommerzienrath Quistorp geschwebt, die schließlich zu dem Resultate führten, daß auf Vorschlag der Oekonomie-Deputation der Magistrat einverstanden war, die Weidenbäume zu entfernen und durch andere Alleebäume zu ersetzen und nun ersucht, hierfür 300 Mk. zu bewilligen. Die Finanz-Kommission beschloß die Ablehnung dieser Position zu empfehlen. Zur Begründung dieses Antrages führt Herr Cohn als Referent an, daß das finanzielle Opfer, welches gefordert wird, zu groß sei, um so mehr, als die Ausgabe für eine Anlage von der äußersten Grenze des städtischen Weichbildes gemacht werden solle.

Herr Stadtrath Dräger weist darauf hin, daß die in Frage kommenden Bäume dicht an der Grenze des Quistorp'schen Terrains stehen und daß nicht nur die Zweige, sondern auch die Stämme auf dieses Terrain reichen. Nach dem Landrecht habe der Nachbar das Recht, Alles, was unter und über der Erde auf sein Besitzthum reiche, abhauen zu lassen. Die Stadt befinde sich demnach in einer Zwangslage und deshalb bittet Redner, die Summe von 300 M. zu bewilligen.

Herr Graßmann empfiehlt Annahme der Magistratsvorlage; derselbe ist gleicher Ansicht wie der Vorredner und glaubt, daß die Stadt verpflichtet sei, ihre Wege bis zur äußersten Grenze in Stand zu halten. Die Weiden-Allee, welche entfernt werden solle, sei ganz außerordentlich unschön.

Herr Tietz bezweifelt, daß dem Nachbar nach dem Landrecht das Recht zustehe, wie es von Herrn Stadtrath Dräger ausgeführt worden sei, es könnte sonst ebenso gut an die übrigen Alleen von den Nachbarn dieselbe Forderung gestellt werden.

Herr Stadtrath Dräger macht hierzu die Mittheilung, daß auch Herr Aeffke, der Besitzer von Torney, mit ihm konferirt habe, um demselben Schaden bei den Alleen bei Torney abzuhelfen.

Nachdem noch die Herren Werner und Graßmann das Wort ergriffen, wird der Antrag der Finanzkommission angenommen.

Eine nicht minder lebhafte Debatte entspinnt sich über eine Vorlage wegen Bewilligung von 650 Mark zur Unterhaltung der Anlagen. Herr Cohn, welcher auch über diese Vorlage referirt, weist darauf hin, daß diese Vorlage bei der Berathung in der Finanz-Kommission getheilte Aufnahme fand, indem einerseits betont wurde, daß die geforderte Summe nicht zu dringenden Zwecken verausgabt werden soll. Die Oekonomie-Deputation müsse sich nach den im Etat vorgesehenen Mitteln richten und ihre Ausgaben darauf beschränken. Dem gegenüber wurde gesagt, daß eine Ablehnung der Summe nicht im öffentlichen Interesse liege. Schließlich habe man beschlossen, der Versammlung die Bewilligung der Summe zu empfehlen, zugleich aber den Zusatzantrag zu stellen, den Magistrat zu ersuchen, künftig die Oekonomie-Deputation anzuhalten, für die Folge nur mit den gegebenen Etatspositionen öffentliche Anlage auszuführen und keinerlei Anlagen herzustellen, für welche die Auslagen im Etat nicht vorgesehen sind.

Herr Stadtrath Dräger findet in dem Zusatzantrag der Finanzkommission einen Tadel gegen die Oekonomie-Verwaltung und er weist denselben als gänzlich ungerechtfertigt energisch zurück.

Herr Graßmann spricht sich gegen die Weise aus, wie in der Versammlung stets gegen Positionen, welche nur kleine Summen fordern, aufgetreten wird. Man könne in kleinen Dingen klein und in großen Dingen klein sein. Wenn Tausende für Kanalisation verlangt würden, so stimmt die Majorität der Versammlung sofort zu, handele es sich aber um kleine Bewilligungen für öffentliche Anlagen, so würde heftige Opposition entgegen gesetzt. Wenn Stettin nicht eine Stadt wie Krähwinkel sein wolle, so müsse auch etwas für Anlagen verausgabt werden.

Herr Tietz fröhnt seiner Lieblingsbeschäftigung und bringt ein großes Zahlenmaterial vor, wird jedoch von Herrn Stadtrath Dräger berichtigt.

Herr Döring spricht sich für gänzliche Ablehnung der geforderten 650 Mk. aus.

Nachdem wiederholt Schluß der Debatte beantragt und angenommen ist, wurde den Anträgen der Finanzkommission gemäß beschlossen.

Entgegen dem Vorschlag der Oekonomie-Deputation empfiehlt der Magistrat die Genehmigung der Verpachtung der Holzhöfe Nr. 3 und 4 am Fürstendamm auf 2 Jahre für 3600 Mk. Pacht pro Jahr an die bisherigen Pächter, die Herren Lindner und Dähnel. Nachdem auch die Herren Graßmann, Tietz und Wendlandt für die Vorlage das Wort ergriffen, wird dieselbe angenommen.

Die übrigen Vorlagen wurden, wie schon bemerkt, ohne Debatte genehmigt.

Stettin, 10. Oktober. Bereits im vorigen Jahre hatte die Staatsregierung Gelder angewiesen, damit den Ausstellungen von Arbeiten der Handwerkslehrlinge Belohnungen zur Vertheilung an die geschicktesten Lehrlinge zur Verfügung bleiben. Diese Belohnungen sollen auch in diesem Jahre den Veranstaltern genannter Ausstellungen zugehen, sobald dieselben zweckentsprechend eingerichtet und für eine unparteiische und sachverständige Beurtheilung Bürgschaften gegeben sind. Inzwischen sollen bei dem Vorhandensein von Innungen, welche sich die Pflege und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens zum Ziel gesetzt haben, die von diesen veranstalteten Ausstellungen vornehmlich bei den Zuschüssen zu Belohnungen berücksichtigt werden.

— Ueber den Ausfall der diesjährigen Ernte in der Provinz Pommern bringt der „Reichs-Anzeiger“ nach den bei dem landwirthschaftlichen Ministerium eingegangenen Berichten der Regierung folgende Mittheilung:

1) Reg.-Bez. Stettin: Die Ernte kann zwar im Allgemeinen als eine Mittelernte bezeichnet werden, doch hat sie durch die anhaltende Dürre zum Theil erheblich gelitten. Der Körnerertrag ist weniger günstig ausgefallen als der Strohertrag. Der Weizen hat reichlich Stroh geliefert und ist im Korn befriedigend ausgefallen. Der Roggen hat an Körnern kaum eine Mittelernte, an Stroh aber reichlichen Ertrag geliefert. Gerste und Hafer sind ungleich ausgefallen, hier besser, dort schlechter. Beide Getreidearten haben in Folge der Dürre gelitten, namentlich ist der Hafer nur kurz im Stroh geblieben. Am wenigsten befriedigt haben die Hülsefrüchte, die Erbsen sind fast durchgängig mißrathen. Die Kartoffelknollen sind überall klein geblieben, die Kartoffeln sind aber mehlreich und gesund. Auch die Zuckerrüben haben sich nicht vollkommen entwickeln können. Die Kleeernte ist ziemlich gut ausgefallen. Das Wiesenheu, namentlich dasjenige des ersten Schnittes, ist von sehr guter Beschaffenheit. Das Obst hat, von Pflaumen abgesehen, nur ganz ungenügende Erträge geliefert. Die Viehpreise sind hoch, die Getreidepreise niedrig. Die Winterbestellungsarbeiten konnten in dem festen Erdreich nur mit Aufwendung großer Mühe bewältigt werden.

2) Reg.-Bez. Köslin: Die Halmfrüchte, welche sich namentlich im Stroh gegen die vorausgegangenen Jahre gebessert haben, sind durchweg trocken und gut eingebracht; Hafer jedoch hat durch Nachtfröste, Erbsen durch Mehlthau gelitten. Auch die Kartoffel ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die Knollen sind meist klein, dabei aber doch stärkereich. Der erste Schnitt an Wiesen- und Kleeheu ist vorzüglich ausgefallen, der Nachschnitt läßt zu wünschen übrig. Im Allgemeinen kann die diesjährige Ernte als die beste der letzten 10 Jahre angesehen werden. Die Ackerbestellung wurde durch die Dürre verzögert.

3) Reg.-Bez. Stralsund: Der Weizen hat überall nicht allein im Stroh, sondern auch in den Körnern einen sehr guten, zum Theil weit über den Durchschnitt hinausgehenden Ertrag geliefert, wogegen der Roggen im Stroh zwar gut, im Körnerertrage aber meistens hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Gerste und Hafer haben durchschnittlich eine gute Mittelernte ergeben. Hülsenfrüchte haben nur mäßige, stellenweise sogar schlechte Erträge geliefert; ebenso ist das Kleeheu im Allgemeinen nicht ergiebig, das Wiesenheu dagegen besser gewesen. Die Kartoffelernte ist noch nicht beendet, doch ergiebt sich schon jetzt, daß die Knollen sehr klein sind, so daß in dieser Fruchtart eine Mittelernte wohl nicht erzielt werden wird. Der Rübsen hat fast überall schlecht gelohnt und kaum den Ertrag einer Mittelernte geliefert. Die Getreidepreise sind niedrig.

— Landgericht. — Strafkammer 1. — Sitzung vom 9. Oktober. — Der Arbeiter Duchow in Podejuch war in den Jahren 1881 bis 1883 Vormund der minderjährigen Fritsch'schen Kinder in Podejuch. Als solcher wurde er eines Tages beauftragt, für seine Mündel 90 M. in die Sparkasse einzuzahlen, er kam aber diesem Auftrage nur theilweise nach, behielt 60 M. für sich und verwendete diese Summe im eigenen Nutzen. Um diese Strafthat zu verdecken, ließ er durch den Sohn seines Gegenvormundes Grebendorf verschiedene Quittungen mit dem Namen von dessen Vater versehen und reichte dieselben als verausgabt bei dem Gericht ein. Die Sache wurde jedoch entdeckt und Duchow, welcher bereits längere Zeit gefänglich eingezogen ist, hatte sich heute wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu verantworten und wurde zu 1 Jah. Gefängniß und Ehrverlust verurtheilt.

Wegen einfachen Bankerotts hatte sich der Buchdrucker Eugen Lipski aus Kolberg zu verantworten. Derselbe hatte in Alt-Damm eine Buchdruckerei, verbunden mit einem kleinen Papiergeschäft, gab auch die dreimal wöchentlich in einer Auflage von 180—200 Exemplaren erscheinende „Alt-Dammer Zeitung“ heraus. Die Buchdruckerei betrieb L. nur mit einem Lehrling und auch das Papiergeschäft hatte nur einen monatlichen Umsatz von ca. 50 M. Im vorigen Jahre wurde über das Vermögen des L. Konkurs eröffnet, wobei sich ca. 5000 M. Passiva gegen ca. 3000 M. Aktiva ergaben. Es stellte sich heraus, daß L. während des Betriebes seines Geschäfts weder Handlungsbücher geführt, noch eine Bilanz gezogen hatte und wurde deshalb gegen L. Anklage wegen einfachen Bankerotts erhoben. In dem heute deshalb angestandenen Termin erklärte der als Sachverständige vernommene Kaufmann Siebe, daß L. als Kaufmann im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei, weil er auf eigene Rechnung eine Zeitung herausgegeben hat. Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Freude, dagegen war der Ansicht, daß der Angeklagte zwar als Kaufmann zu betrachten sei, aber nicht als solcher, welcher gesetzlich zur Führung von Handlungsbüchern verpflichtet war. Der Gerichtshof nahm an, daß der Buchdruckereibetrieb, wie ihn der Angeklagte gehabt, nur handwerksmäßig war und auch das Papiergeschäft war nichts weiter als ein Trödelgeschäft; in Folge dessen wurde auf Freisprechung erkannt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Freischütz.“ Romantische Oper in 4 Akten. Bellevuetheater: „Der Raub der Sabinerinnen.“ Schwank in 4 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— Als Kuriosum theilen wir nachstehende amüsante Ankündigung eines neuen „Cholera-Kochs“ wörtlich mit, welche unlängst einer Danziger Buchhandlung zuging: „Soeben erschien: Schleier der Maja. Die metaphysische Naturgeschichte der indischen Cholera. Der Kontrapunkt der indischen Cholera. Von Eduard Friedr. Knopflich. Der Verfasser hat einen Stoff gefunden, welcher die den wassersüchtigen (auf Flüssigkeit angewiesenen) Kommabacillen gleich feindlich gegenüberstehenden Ideen: die Idee der Trockenheit und die Idee im Sublimat unbedingt in eins verkörpert, das heißt als verschlungene Qualität wiedergiebt! Es ist kein Wunder, vielmehr ganz natürlich, so meint der Verfasser, daß gerade gegen die Cholera ein unbedingtes Mittel für alle Fälle existirt, indem die indische Cholera in keiner Hinsicht im Plane der regulären (im Prinzip organisirten) Uebel liegt, d. h. von Hause aus im menschlichen Organismus nicht vorhergesehen: kein eingeborenes Leiden ist, vielmehr bodenlos objektiv (von oben herab), d. h. absolut prinziplos, grundlos: zufällig, mechanisch, unverschuldet auftritt! — Preis beider Studien 50 Pf. (Selbstkostenpreis).“ — Erschienen ist dies wunderbare Opus angeblich in Elbing, wo der Verfasser desselben wohnen soll.

— Eine Lieblingsbeschäftigung der Antisemiten ist, den Juden anonyme Karten und Zuschriften albernen oder auch unflätigen Inhalts zugehen zu lassen und vielfach wird dazu die Post benutzt. So waren auch diesmal zum jüdischen Neujahrsfeste massenweise Illustrationen mit der Devise „Juden raus!“ per Post versandt worden, und auch die Kouverts trugen den Stempel des Reichsadlers mit der Umschrift „Juden raus.“ Darauf hat sich einer der Adressaten bei dem Herrn Staatssekretär Stephan beschwert und vom kaiserlichen Oberpost-Direktor Geheimen Postrath Schiffmann folgende Antwort erhalten: „Euer Wohlgeboren erwidere ich ergebenst auf das an Seine Exzellenz den Herrn Staatssekretär des Reichspostamts gerichtete, zur zuständigen Erledigung an mich abgegebene gefällige Schreiben vom 20. v. M., daß die anliegende Sendung wegen ihres Inhalts und des auf dem Umschlage befindlichen Stempels von der Beförderung hätte ausgeschlossen werden müssen, was versehentlich unterblieben ist. Indem ich Ew. Wohlgeboren dieserhalb mein Bedauern ausspreche, bemerke ich ergebenst, daß das Geeignete verfügt worden ist, um der Wiederkehr eines solchen Falles thunlichst vorzubeugen. Berlin C., 3. Oktober 1884.“

Metz, 6. Oktober. Wie jedes Jahr, so kommen auch gegenwärtig wieder mit Beginn des Herbstes aus verschiedenen Theilen unseres Bezirkes Klagen über das Auftreten von Wölfen. Die deutsche Verwaltung hat fast unmittelbar nachdem sie sich organisirt hatte, Maßregeln zur Säuberung der Waldungen getroffen. In Folge dessen sind denn auch in der Zeit vom 1. Mai 1871 bis 30. April 1872 44, 1873 76, 1874 45 und 1878 66 Wölfe erlegt und prämiirt worden. Seitdem belief sich die jährlich getödtete Zahl dieser Raubthiere auf durchschnittlich über 50 Stück. Gleichwohl ist von einem durchgreifenden Erfolge nichts zu bemerken. Einerseits giebt es hier in Lothringen noch große Waldungen mit dichtem Unterholz, welche den Wölfen willkommene Schlupfwinkel bieten. Anderseits, und zwar ist dies der Hauptgrund, warum die Bemühungen unserer Jäger nicht den gewünschten Erfolg haben können, rekrutiren sich dieselben immer wieder aus den angrenzenden französischen Distrikten, namentlich aus den Ardennen. Diese sind zum Theil mit großen zusammenhängenden Waldungen bedeckt, welche zudem streckenweise schwer zugänglich sind und deshalb eine geregelte forstliche Bewirthschaftung ausschließen. Ehe hier nicht energischer gegen das Raubwild vorgegangen wird, ist auch bei uns an eine Ausrottung oder auch nur wesentliche Verringerung desselben nicht zu denken. Es wäre daher zu wünschen, daß nach dieser Seite hin eine Vereinbarung zwischen den deutschen und französischen Behörden eingeleitet würde. Dieselbe hätte sich auf beiderseitige Erhöhung der Schußgelder, Abhaltung systematischer, in regelmäßigen Zwischenräumen vorzunehmenden Treibjagden, so wie auf Veranstaltung gemeinschaftlicher Jagden in den Grenzbezirken zu erstrecken.

— (Abwehr.) Er (spät nach Hause kommend): „Warum bist Du denn noch wach, liebe Frau?“ — Sie (ergrimmt): „O, über Dein langes Ausbleiben. Ich koche vor Wuth!“ — O, geh' weg!“ Du hast ja gar nicht kochen gelernt.“

— Fritz: Herr Lehrer, was ist denn eine Fabel? — Lehrer: Eine Fabel nennt man, wenn zum Beispiel der Esel mit dem Fuchs so spricht, wie ich mit Dir.

— (Elektrisches Licht als Insektenfänger.) Bei nächtlichen Uferbauten am Dnjeper kam vor einiger Zeit elektrisches Licht während der Nachtarbeit zur Anwendung, dessen glänzende Strahlen Motten, Käfer und anderes Nachtgesindel aus dem Insektenreiche in solcher Menge anlockte, daß die Arbeiter von Zeit zu Zeit Schichten dieser Thiere von den Lampen abräumen mußten. Man will nun Versuche anstellen, ob es nicht gelingt, das der Landwirthschaft schädliche Ungeziefer in ähnlicher Weise mit dem elektrischen Lichte zu vertilgen. (?)

— (Am Krankenbette.) Arzt: „Sie schanet jo scho ganz munter 'raus; jetzt brauche se no g'sund z'werde, no ischt alles guet.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

München, 9. Oktober. Der famose Redakteur des ultramontanen „Vaterland“ Dr Sigl, welcher bekanntlich wegen verleumderischer Beleidigung des baierischen Kriegsministers zu einer 9monatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt wurde, tritt, nachdem das Reichsgericht die Revision zurückgewiesen, morgen in dem Zellengefängniß zu Nürnburg seine Strafe an.

Paris, 9. Oktober. Ein Telegramm der „Agence Havas“ aus Shanghai vom 8. d. Mts. meldet: Das Bombardement von Tan-schui, welches am 2. d. M. begann, dauerte noch an 6. d. M. fort. Sämmtliche Forts sind zerstört; die Häuser der europäischen Einwohner sind von den Kugeln stark mitgenommen, die Einwohner selbst haben nicht gelitten. Die Chinesen waren stark verschanzt.

Paris, 9. Oktober. Ein offizielles Telegramm aus Hanoi bestätigt, daß die Chinesen bei Loochnan am 6. d. M. mit einem Verlust von 1000 Mann geschlagen worden seien. Eine Kolonne unter dem Befehl des General Negrier marschirt den Phulung aufwärts, um womöglich den Chinesen den Rückzug abzuschneiden.

Athen 8. Oktober. Der König, die Königin und die königliche Familie haben heute nach beendigter Quarantäne ihren Einzug hierselbst gehalten.

London, 9. Oktober. Der „Times“ wird aus Amoy von gestern gemeldet, der chinesische Generalissimus Liu sei von Kelung nach Banka retirirt; der französische Admiral Courbet verfolge ihn mit 2000 Mann.